

Politische Bildung mit Menschen mit Behinderungen

Jürgen Lutz

In diesem Beitrag werden politische Bildungsmaßnahmen für Menschen mit Behinderungen thematisiert. Jürgen Lutz plädiert vor dem Hintergrund der aktuellen Debatte über Inklusion für die Ergänzung von inklusiven Formaten durch zielgruppenorientierte Angebote für Menschen mit Behinderungen. Er erläutert sein Vorgehen anhand mehrerer thematischer Beispiele (z. B. Wahlen, Besuche von Politikerinnen/Politikern und Institutionen, allgemeinpolitische Themen). Der Beitrag verdeutlicht das Potenzial von Kooperationen zwischen Volkshochschulen, der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg sowie Trägern der Behindertenhilfe. Unter didaktischen Gesichtspunkten wird u. a. am Beispiel der Leichten Sprache aufgezeigt, wie Zugänge zu komplexen Sachzusammenhängen ermöglicht werden. Ein Anliegen von Jürgen Lutz ist es, mit diesem Beitrag politische Bildnerinnen und Bildner zur Nachahmung zu motivieren.

Vorbemerkung

Die Inklusionsdebatte ist auch im Bereich der politischen Bildung in vollem Gange. Zu verdanken ist dies u. a. der Bundeszentrale und den Landeszentralen für politische Bildung, die sich um inklusive Formate im konzeptionellen und praktischen Bereich bemühen. So hat sich die Bundeszentrale für politische Bildung mit zwei Ausgaben der Zeitschrift „Aus Politik und Zeitgeschichte“¹, einem Kongress zur inklusiven politischen Bildung² und nicht zuletzt mit der 2015 veröffentlichten Publikation „Didaktik der inklusiven politischen Bildung“³ intensiv mit den Herausforderungen und Chancen der Inklusion von Menschen mit Behinderungen auseinandergesetzt.

Ich arbeite seit über 15 Jahren als freiberuflicher Dozent in der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung und biete in Zusammenarbeit mit der Diakonie Stetten, der Volkshochschule Unteres Remstal und anderen Einrichtungen Seminare für Menschen mit Behinderungen an. Seit Juli 2015 leite ich zudem das von der Aktion Mensch geförderte Projekt „Politische Teilhabe von Menschen mit Behinderungen“, das von den Zieglerschen Werken federführend durchgeführt wird. Partner sind u. a. die Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (LpB) und die Diakonie Stetten. Das Projekt soll einen konkreten Beitrag zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) leisten und neben einer Bestandsaufnahme geeignete Methoden und Themen aufzeigen, mit der die politische Teilhabe von Menschen mit Behinderungen gefördert werden kann. Die zentrale Frage des Projekts ist, wie politische Bildungs- und Partizipationsprozesse inklusiv gestaltet werden können.

Nach einem kurzen Überblick über Aufgaben, Ziele und Konzepte einer inklusiven politischen Bildung wird aufgezeigt, warum inklusive und zielgruppenorientierte Angebote für Menschen mit Behinderungen für notwendig erachtet werden. Die methodischen und didaktischen Prinzipien unterscheiden sich bei der Arbeit mit Menschen mit Behinderungen nicht grundlegend von den gängigen Formaten und Methoden der politischen Bildung. Mit Leichter Sprache und Broschüren in Leichter Sprache thematisiert der Beitrag zwei Besonderheiten, die weit über die eigentliche Zielgruppe hinausgehen und den Zugang zu Gruppen erleichtern können, die bisher in nur geringem Maße von der politischen Bildung erreicht werden konnten. Abschließend werden einige Themen und Veranstaltungsarten vorgestellt, die sich als erfolgversprechend bewährt haben. Damit verbindet sich auch die Hoffnung, Nachahmerinnen und Nachahmer für die herausfordernde, aber gleichzeitig Chancen bietende und Spaß bereitende Arbeit zu finden.

Inklusion – für eine gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Behinderung

Bei Menschen mit Behinderungen handelt es sich um keine homogene Gruppe, denn „der Begriff Behinderung wird auf sozial, kulturell und gesellschaftlich höchst unter-

Bei Seminaren im Vorfeld von Wahlen sind verständliche Sprache, die klare Darstellung komplexer Sachverhalte sowie die Verwendung von Bildern und Symbolen beim Einsatz von Folien ein didaktisches und methodisches Muss.

Foto: Michael Walter, Johannes-Diakonie Mosbach



schiedliche Situationen und Lebenslagen angewandt und unterliegt zudem einem kontinuierlichen historischen Wandel“ (Metzler 2011: 101).

Einen entscheidenden Beitrag für diesen Wandel hat die UN-BRK geleistet, die im Jahr 2006 von den Vereinten Nationen verabschiedet wurde und seit 2009 auch in Deutschland in Kraft getreten ist. Mit dem Konzept der Inklusion definieren die Vereinten Nationen eine Reihe konkreter Rechte für Menschen mit Behinderungen, u. a. das Recht auf Bildung und die Befähigung zur Teilhabe an der Gesellschaft. Es ist dabei Aufgabe der Vertragsstaaten, „aktiv ein Umfeld zu fördern, in dem Menschen mit Behinderungen ohne Diskriminierung und gleichberechtigt mit anderen wirksam und umfassend an der Gestaltung der öffentlichen Angelegenheiten mitwirken können“ (Hilbert 2015). Da der Inklusionsbegriff in anderen Beiträgen des vorliegenden Heftes erörtert wird, sei an dieser Stelle nur auf die unterschiedlichen Akzentuierungen aus sozialwissenschaftlicher bzw. heil- und sonderpädagogischer Sicht hingewiesen. Während in den Sozialwissenschaften Inklusion als gesellschaftliche Aufgabe betrachtet wird, „die dazu beiträgt, soziale Spaltungen in der Gesellschaft zu überwinden oder illegitime Grenzen durchlässig zu machen“, steht Inklusion in der Heil- und Sonderpädagogik für den „Weg, mit dem in gegenwärtigen Gesellschaften Anerkennung für Menschen mit Behinderungen erreicht wird“ (Ackermann 2014). Unstrittig ist dabei, dass Inklusion nicht darauf abzielt, Menschen mit Behinderungen an gegebene Verhältnisse anzupassen, sondern gesellschaftliche Verhältnisse so zu modifizieren, dass Menschen mit Behinderungen am Leben in der Gesellschaft teilhaben können (ebd.). An die Stelle einer Defizitorientierung tritt die Förderung von Fähigkeiten (vgl. Kil 2012: 21). Behinderung soll ein „Element der menschlichen Vielfalt“ (Halbauer 2010: 2) darstellen. Ebenso herrscht weitgehend Einigkeit, dass Inklusion ein Prozess ist, der schon längst begonnen hat (vgl. Besand/Jugel 2015a: 55).

Inklusion – eine wichtige Aufgabe für die politische Bildung

Definitionen von politischer Bildung sind vielfältig und teilweise widersprüchlich. Betrachtet man aber ein zentrales Ziel der Inklusion, nämlich „jedem Menschen in allen gesellschaftlichen Lebensbereichen auf Grundlage seiner individuellen Bedarfe Zugang, Teilhabe und Selbstbestimmung zu ermöglichen, dann hat Inklusion auch und gerade mit politischer Bildung sehr viel zu tun“ (Besand/Jugel 2015a: 45). Inklusion ist für die politische Bildung somit eine Aufgabe, die sie aus eigenem Anspruch erfüllen sollte (Hilbert 2015).

Wie kann die politische Bildung dieser Herausforderung begegnen?

Klaus-Peter Hufer (2015: 455) zeigt anhand von Statistiken auf, dass es sich bei politischer Bildung um eine „Minderheitenveranstaltung“ handelt, die besonders Menschen mit einem höheren Bildungsabschluss anspricht (vgl. Hufer 2015: 247). Dies hat Auswirkungen auf die Programmplanung: „Geplant wird zunächst einmal für die, die zuverlässig kommen. Und diese signalisieren, was ihre Erwartungen sind. Das ist ein durchaus bequemes, vor allem aber relativ sicheres Programmplanungsverhalten“ (ebd.).

Freiwilligkeit ist das zentrale Prinzip der Erwachsenenbildung. Niemand kann zur Teilnahme gezwungen werden. Hufer analysiert unterschiedliche Gründe der „Teilnahme-einschränkung“ (ebd.). Während es sich bei Menschen mit körperlichen Einschränkungen oft „nur“ um unzureichende und nicht barrierefreie räumliche Voraussetzungen handelt, stellt sich bei Bildungsangeboten für Menschen mit Lernschwierigkeiten das Problem, Themen ohne Substanzverlust zu vermitteln. Sozial benachteiligte Menschen werden durch politische Bildungsmaßnahmen kaum erreicht. Mithin ein wichtiger Grund, dass soziale Benachteiligungen und Problemlagen thematisiert, aber letztlich nicht gelöst werden.

Meine Erfahrungen in der politischen Bildungsarbeit an verschiedenen Volkshochschulen einerseits und mit Menschen mit Behinderungen andererseits bestätigen die Schwierigkeiten, Menschen mit unterschiedlichen Voraussetzungen und Interessen zusammenzubringen: Ein Großteil der Teilnehmerinnen und Teilnehmer „normaler“ politischer Seminare ist überdurchschnittlich gebildet, weiß sehr gut über das Thema Bescheid und erwartet Vorträge auf hohem Niveau. Menschen mit Behinderungen (und Menschen aus „bildungsfernen“ Milieus) würden sich in diesen „normalen“ Bildungsveranstaltungen ähnlich unwohl fühlen wie die klassische Klientel meiner Seminare für Menschen mit Behinderungen, in denen z. B. der Wahlvorgang ausführlich erklärt und praktisch geübt wird.

Obwohl sich die Seminare für Menschen mit Behinderungen, die über das Volkshochschulprogramm ausgeschrieben werden, an *alle* Bürgerinnen und Bürger richten, bleiben Menschen mit Behinderungen meistens unter sich. Auch Karl-Ernst Ackermann (2015: 42) beklagt das geringe Interesse nicht behinderter Menschen an Seminaren für behinderte Menschen. Ebenso kann ich die Dominanz von nicht behinderten Menschen (Dönges 2015: 276) bestätigen, auch wenn sich bei einigen Seminaren Teilnehmerin-



nen und Teilnehmer von „außerhalb“ sehr positiv auf den Seminarverlauf ausgewirkt haben.

Trotz aller Bedenken ist Hufer optimistisch, dass die politische Bildung aufgrund des Repertoires an differenzierten Arbeitsformen und Methoden die Herausforderungen meistern kann: „Gerade im außerschulischen Bereich liegen daher die Chancen, wenn man Menschen erreichen will, die – aus welchen Gründen auch immer – ‚teilnahme-eingeschränkt‘ sind. Der Fundus an kreativen, Freude vermittelnden Lernwegen und -formen ist groß und kann zielgruppenspezifisch eingesetzt werden“ (Hufer 2015: 252). Zielgruppenspezifische Angebote erscheinen vor diesem Hintergrund trotz mancher Bedenken ein Weg, wie Menschen mit Behinderungen für politische Bildungsseminare erreicht werden können. Berechtigterweise warnt Bettina Zurstrassen in diesem Zusammenhang, dass „politische Bildung, die primär auf soziales Lernen abzielt, Gefahr läuft, vornehmlich der Sozialdisziplinierung von benachteiligten Sozialgruppen zu dienen und nicht der Befähigung der Lernenden zur Interessenvertretung“ (Zurstrassen 2015b: 113).

Inklusive oder zielgruppenorientierte Angebote – oder beides?!

Das Konzept der Zielgruppenorientierung entstand während der gesellschaftlichen Reformdiskussionen in den 1970er Jahren. Die damalige Debatte war durch das demokratische Postulat nach vermehrter Partizipation ebenso geprägt wie durch die ökonomische Notwendigkeit nach steigender Qualifizierung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern. Das Konzept der Zielgruppenorientierung zielte darauf ab, die Lebensumstände einer homogenen Zielgruppe zu verbessern und richtete die pädagogische Aufmerksamkeit auf Bildungsbenachteiligte (Lutz 2004: 28). Die Übertragung dieses Konzepts auf Menschen mit Behinderungen ist schon deshalb fragwürdig, weil es sich bei dieser Zielgruppe nicht um eine homogene Gruppe handelt. Hinzu kommt der eklatante Widerspruch zur Leitidee der Inklusion: Behinderte Menschen müssen sich stigmatisieren lassen, bevor man sie unterstützt. Zielgruppenorientierte Angebote könnten die Exklusion einerseits durch die Separierung, andererseits durch die defizitorientierte Perspektive sogar noch verstärken (vgl. Zurstrassen 2014). Auch Ackermann verweist darauf, dass die Zielgruppenorientierung in der Erwachsenenbildung mit dem Anspruch auf Inklusion kollidiert, betont aber gleichzeitig, dass offene Angebote den Bedürfnissen vieler Menschen mit Behinderungen bzw. Teilhabeeinschränkungen nicht gerecht werden (vgl. Ackermann 2014).

Christoph Dönges und Jan Markus Köhler sprechen von einem Scheingegensatz zwischen inklusiven und zielgruppenorientierten Vorgehensweisen und zeigen anhand eines Partizipationsmodells, dass an die Stelle von Zuschreibung von Defiziten die Identifizierung von Barrieren und der Versuch von deren Beseitigung treten kann (Dönges/Köhler 2015: 87ff.). Auch Anja Besand und David Jugel fokussieren auf das Erkennen und Überwinden von Mechanismen der Exklusion und plädieren für eine zielgruppenspezifische politische Bildung jenseits tradierter Differenzlinien wie Herkunft, Behinderung oder Geschlecht (Besand/Jugel 2015b: 105ff.). Vielmehr sollten gerade Zugangsschwernisse wie Kommunikation oder bauliche Beschaffenheiten thematisiert und beseitigt werden.



Bisher sind es vor allem Einrichtungen der Behindertenhilfe, die politische Bildung für Menschen mit Behinderungen anbieten. In der öffentlich verantworteten Bildung hingegen finden Bildungsveranstaltungen allenfalls in Ausnahmefällen statt.

Foto: Jürgen Lutz

Gefordert wird deshalb ein „Sowohl-als-auch“: „Inklusive politische Erwachsenenbildung beinhaltet einerseits separate Kurse für Menschen mit Behinderung zu Themenbereichen wie Selbstbestimmung oder persönliche Assistenz, andererseits Kurse, in denen Menschen mit Behinderung und Menschen ohne Behinderung gemeinsam an politischen Themen arbeiten. Schließlich hat politische Erwachsenenbildung nicht nur die Aufgabe, Betroffene zu Wort kommen zu lassen, sondern auch Betroffenheit im Sinne von Empathie herzustellen“ (Ackermann/Ditschek 2015: 240). Dies kann durch gezielte Unterstützung, z. B. durch Assistentinnen bzw. Assistenten oder Gebärdendolmetscherinnen und -dolmetscher während „normaler“ Seminare geschehen, aber auch durch differenzierte Angebote. Dies können gezielte Fortbildungen sein, vorbereitende Einheiten vor den eigentlichen Veranstaltungen oder Seminare, die speziell auf die Bedürfnisse der Menschen mit Behinderungen ausgerichtet sind.

Mit Kooperationen und direkter Ansprache zu erfolgreichen Veranstaltungen

Wie können inklusive und zielgruppenspezifische Bildungsmaßnahmen zustande kommen? Und wie können Menschen zur Teilnahme motivieren werden?

Kooperationen zwischen Einrichtungen der Behindertenhilfe und Volkshochschulen

Bisher sind es vor allem Einrichtungen der Behindertenhilfe, die politische Bildung für Menschen mit Behinderungen anbieten, in der „öffentlich verantworteten Bildung



wird sie bislang kaum wahrgenommen und findet allenfalls in Ausnahmefällen und marginalisiert statt“ (Ackermann/Ditschek 2015: 238). Karl-Ernst Ackermann und Eduard Jan Ditschek fordern deshalb, Expertisen aus den Systemen Erwachsenenbildung und Behindertenhilfe zusammenzuführen (ebd.: 240).

Auch ich sehe in der Kooperation zwischen Volkshochschulen und Einrichtungen der Behindertenhilfe großes Potenzial. Im Rahmen der Kooperation zwischen der Volkshochschule Unteres Remstal und der Diakonie Stetten sind in den letzten 15 Jahren über 70 politische Bildungsveranstaltungen zustande gekommen. Dazu zählen Abendseminare an der Diakonie Stetten, gemeinsame Veranstaltungen an Einrichtungen der Volkshochschule sowie Besuche bei Politikerinnen, Politikern und Institutionen. Es gab und gibt berechtigte Kritik an diesem Vorgehen, u. a. weil viele Veranstaltungen in den Räumlichkeiten der Diakonie Stetten stattfinden (vgl. dazu Lutz 2004). Dennoch haben die Veranstaltungen ihren Teil zur Stärkung der politischen Teilhabe beigetragen.

Warum wurden bisher so wenig Nachahmer gefunden? Einerseits liegt die Verantwortung sicherlich bei Volkshochschulen und anderen Einrichtungen der Erwachsenenbildung, denn die „zunehmende Ökonomisierung auch der Weiterbildung bietet allzu oft [...] eine Begründung dafür, nicht auf diejenigen zugehen zu können, die Bildung am dringendsten benötigen“ (Ditschek 2014). Andererseits könnten auch Verhalten und Ansprüche mancher Vertreterinnen und Vertreter von Behindertenhilfen ein Hindernis darstellen. So berechtigt die Forderungen nach Bereitstellung von Assistentinnen, Assistenten, Gebärdendolmetscherinnen und -dolmetschern bei Bildungsveranstaltungen sind, so groß sind auch die damit einhergehenden Herausforderungen für die Planung und Finanzierung von Veranstaltungen. Auch manche Äußerungen bei Kongressen der Bundeszentrale, was Staat oder Bildungseinrichtungen an Vorleistungen zu erbringen haben, bevor es zu

Kooperationen kommt, führt häufig dazu, dass Bildungseinrichtungen die Herausforderungen (und die Chancen!) gemeinsamer Bildungsangebote erst gar nicht annehmen. Vor diesem Hintergrund plädiere ich für eine pragmatische Vorgehensweise, denn suboptimale Angebote (im Sinne der Erfüllung von Kriterien der Inklusion) sind besser als gar keine Angebote.

Wie können Menschen mit Behinderungen für politische Bildung motiviert werden?

Des Weiteren stellt sich die Frage, wie Menschen mit (und ohne) Behinderung zur Teilnahme an politischen Bildungsveranstaltungen motiviert werden können. Ditschek (2014) kritisiert Einrichtungen der Erwachsenenbildung: „Die Menschen, deren Einschränkungen sie auch daran hindern, selbstbewusst und selbstmotiviert Bildung in Anspruch zu nehmen, treffen auf eine Erwachsenenbildung, die bewusst oder unbewusst der Logik des ‚Matthäus-Prinzips‘ huldigt: Wer hat, dem wird gegeben. Statt einer Willkommenskultur herrscht eine ‚Komm-Struktur‘ vor: Wer kommt, der ist willkommen“ (vgl. Ditschek 2014: o. S.). Auch wenn aus meiner Sicht dieser Vorwurf für viele engagierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Volkshochschulen nicht zutrifft, bleibt das bereits konstatierte Problem, dass viele Menschen durch die Angebote von Erwachsenenbildungseinrichtungen nicht erreicht werden. Ackermann und Ditschek nennen die direkte Ansprache unter Einbeziehung von Multiplikatorinnen und Multiplikatoren als geeigneten Weg (vgl. Ackermann/Ditschek 2015: 235). Meine Erfahrungen bestätigen diese Einschätzung. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer kommen (nur) dann zu den Seminaren, wenn für die Fortbildung massiv Werbung auch über Wohngruppen der Diakonie betrieben wurde. Flugblätter oder Programmhefte allein genügen nicht. Florian Ritter sieht hier insbesondere die Fachkräfte in der Pflicht: „Sie stehen im täglichen Kontakt und fungieren dadurch bei Fragen oder Problemen oft als erste Ansprechpersonen. Sie sollten die Menschen ermutigen und bestärken, ihr Wahlrecht auszuüben, dazu zählen neben der Schaffung von Rahmenbedingungen auch die inhaltliche Vorbereitung“ (Ritter 2015: 24). Ritters Analyse bezieht sich auf die Teilnahme an Wahlen, lässt sich aber auf den motivierenden Einfluss von Fachkräften, an Bildungsseminaren und am politischen Leben teilzunehmen, übertragen.

Didaktik und Methoden

Hufer sieht für die politische Jugend- und Erwachsenenbildung drei didaktische Prinzipien, die konsensfähig sind: Teilnehmerorientierung, Subjektorientierung und Lebensweltorientierung. „Alle drei Kategorien meinen – mit unterschiedlicher Akzentuierung – das Gleiche: Ausgangspunkt, Thema und Ziel einer Bildungsveranstaltung sind die Interessen, Erwartungen, Lernvoraussetzungen, Lebensverhältnisse, Handlungsmöglichkeiten und Gestaltungsoptionen der Teilnehmer/innen“ (Hufer 2015: 246ff.). Diese Leitprinzipien gelten auch für die Arbeit mit Menschen mit Behinderungen. Eine „Sonderdidaktik“ wird von den meisten Autorinnen und Autoren abgelehnt (vgl. Hil-

bert 2015). Hervorzuheben sind die Besonderheiten bei der Umsetzung dieser Prinzipien. Mit Blick auf die Teilnehmerorientierung ist die Forderung „Nichts über uns ohne uns“ zu beachten, d. h. das konsequente Miteinbeziehen von Menschen mit Behinderungen bei der Planung und Durchführung von Veranstaltungen. Als besonders attraktive Methoden, die der Teilnehmerorientierung dienlich sind, beschreiben Ackermann und Ditschek spielerische Elemente, die Präsentation von Filmausschnitten, Musikdarbietungen, Quizeinlagen und das Lernen von und mit Gleichgesinnten (Ackermann/Ditschek 2015: 232). In meinen Seminaren haben viele Teilnehmerinnen und Teilnehmer während der Kurse das Bedürfnis, eigene Erfahrungen einzubringen. Hier ist es wichtig, diese Wünsche zu berücksichtigen, möglichst viele zu Wort kommen zu lassen, ohne dass der „rote Faden“ verloren geht (Lutz 2003: 32). Zwei weitere Besonderheiten sollen an dieser Stelle genauer dargestellt werden – die Leichte Sprache und der Einsatz von Broschüren in Leichter Sprache.

Leichte Sprache als Schlüssel zu Teilhabe und Inklusion

Viele Autorinnen und Autoren sehen in Leichter Sprache einen „Schlüssel zur ‚Enthinderung‘ der Gesellschaft und zu mehr Selbstbestimmung“ (Aichele 2014: 19). Leichte Sprache sichert den Teilnehmenden „den Zugang zu einem Wissen, das notwendig ist, um eigene Rechte zu vertreten und ein selbstbestimmtes Leben führen zu können“ (Seitz 2014: 5). Leichte Sprache ist keine einfache Sache, wie Simone Seitz zu Recht feststellt: „Es geht darum, Zugänge zu komplexen Sachzusammenhängen zu ermöglichen, die Zusammenhänge aber nicht unangemessen zu vereinfachen, sondern auf das Wesentliche hin zu konzentrieren, gewissermaßen eine Essenz des Textes zu erschließen“ (ebd.). Die Regeln für Texte – u. a. einfache Sätze, Verzicht auf Nebensätze und schwierige sowie unbekannte Wörter – gelten auch für die Seminargestaltung: Verständliche Sprache, komplexe Sachverhältnisse klar und verständlich darstellen und die Verwendung von Bildern und Symbolen beim Einsatz von Folien sind ein didaktisches und methodisches Muss. Leichte Sprache bietet für viele Menschen mit Behinderungen ein enormes Potenzial, für einen verbesserten Zugang zu Informationen und zu mehr Kommunikation.

Aber es gibt auch kritische Stimmen. So befürchtet Zurstrassen, dass Leichte Sprache Exklusion sogar verfestigen könnte (vgl. Zurstrassen 2015a: 130ff.). Sie sieht durch die Sozialisierung in Richtung Leichter Sprache eine Ausgrenzung, die Entwicklungschancen einschränkt und verweist auf die Gefahr von interpretativen Übersetzungen. In der Tat entbehrt es nicht einer gewissen Ironie, dass sich im Rahmen der Inklusionsdebatte eine eigene Sprache für Menschen mit Lernschwierigkeiten entwickelte, die einen prosperierenden Dienstleistungszweig hervorgebracht hat. Dennoch überwiegen auch hier die Chancen: Der Einsatz von Leichter Sprache anstelle von Fachsprache oder die verständliche Erklärung von Fremdwörtern könnte vielen Menschen das Verständnis für Politik erleichtern.

Broschüren in Leichter Sprache

Dies gilt insbesondere für Broschüren in Leichter Sprache. Die Bundeszentrale und viele Landeszentralen für politische Bildung geben in Zusammenarbeit mit Einrichtungen der Behindertenhilfe Broschüren in Leichter Sprache heraus, in denen z. B. der Wahlprozess erläutert wird. Auch

die meisten Parteien geben mittlerweile Wahlprogramme in Leichter Sprache heraus.

In Ergänzung zu diesen Broschüren hat die Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (LpB) einen Leitfaden für Assistenzkkräfte herausgebracht (vgl. Landeszentrale 2014), in denen wichtige Informationen zur Unterstützung von Menschen mit Behinderungen zusammengestellt sind. Auf diese Weise kann die Broschüre auch unabhängig von Seminaren zum Einsatz kommen und Menschen zur politischen Teilhabe animieren.

Die Wahlbroschüren, die ursprünglich für Menschen mit Beeinträchtigungen oder Lernschwierigkeiten entwickelt wurden, sprechen in der Praxis eine viel breitere Zielgruppe an und ermöglichen damit eine inklusive politische Bildung auf breiter Ebene. Zudem bieten viele Institutionen Broschüren und Internetseite zu verschiedenen Themen in Leichter Sprache an, oftmals zum Nutzen aller Leserinnen und Leser. Allerdings warnen Besand und Jugel zu Recht, dass es mit „Broschüren und barrierefreien Zugängen nicht getan ist, wenn Akademiker/innen wieder unter sich sind“ (Besand/Jugel 2015a: 54).

Themen

In meiner 15-jährigen Tätigkeit habe ich bisher noch kein Thema gefunden, das für Menschen mit Behinderungen nicht geeignet war. In diesem Abschnitt möchte ich exemplarisch einige Themen beschreiben, die sich in meiner Arbeit und bei anderen Bildungsträgern als erfolgversprechend erwiesen haben.

Veranstaltungen zu Wahlen

Das zentrale Wesensmerkmal einer Demokratie sind Wahlen. Sie sind eine der wichtigsten Möglichkeiten der politischen Teilhabe. Auch für Ditschek (2014) sind Wahlen ein geeignetes Thema, da es alle Menschen betrifft. Meine Veranstaltungen zu Wahlen stoßen immer auf reges Interesse, sowohl seitens der Teilnehmerinnen und Teilnehmer als auch bei Journalistinnen und Journalisten, die über diese Veranstaltungen berichtet haben. Vor jeder Wahl führen wir Seminare für Menschen mit Behinderungen durch, in denen in Leichter Sprache über die jeweiligen Wahlen, die Parteien und die Kandidatinnen bzw. Kandidaten informiert wird. Zum Einsatz kommen Wahlplakate, Broschüren in Leichter Sprache und der „Wahlomat“, den die Bundeszentrale für politische Bildung in Zusammenarbeit mit den Landeszentralen vor Wahlen stets zur Verfügung stellt.

Vor der Kommunal- und Europawahl 2014 veranstaltete die Diakonie Stetten in Zusammenarbeit mit der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (LpB) zwei „Europatage“, bei denen Kurzzeitseminare mit einem Stand der Landeszentrale mit Informationsmaterial in Leichter Sprache und einem Quiz kombiniert wurden. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer hatten die Möglichkeit, sich am Informationsstand und/oder detaillierter im Seminar mit europäischen Themen auseinanderzusetzen. Die Veranstaltungen waren gut besucht, allerdings nahmen trotz breiter Werbung hauptsächlich Bewohnerinnen, Bewohner sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Diakonie Stetten teil.

Einen breiten Zuspruch hatten Podiumsdiskussionen zur Kommunalwahl, welche die Diakonie an verschiedenen

Außenstellen organisiert hatte. Eingeladen waren Kandidatinnen und Kandidaten, die über die Situation von Menschen mit Behinderungen diskutierten. Direkt vor dieser Veranstaltung gab es jeweils ein Kurzzeitseminar, in dem das ziemlich komplizierte baden-württembergische Kommunalwahlrecht erläutert wurde (vgl. Clauß 2014). Im Unterschied zu den lebhaften Diskussionen im Seminar zeigten sich die Seminarteilnehmerinnen und -teilnehmer bei den Podiumsdiskussionen deutlich zurückhaltender.

Von ähnlichen Erfahrungen berichtet Dönges (2015: 277), der zur Bundestagswahl an verschiedenen Orten Veranstaltungen durchgeführt hat, bei der vor der Podiumsdiskussion nicht nur die Zielgruppe in einem Workshop vorbereitet wurde, sondern auch die Diskutantinnen und Diskutanten in Leichter Sprache gebrieft wurden (vgl. Dönges 2015: 277). Bei den Zieglerischen Werken in Wilhelmsdorf sorgte dies für eine gut besuchte und gelungene Podiumsdiskussion (vgl. Schrade 2013). Eine weitere erfolgreiche Veranstaltungsform ist die Methode der „Sprechstunde“, die auch als „Speed-Dating“ bekannt ist: Kandidatinnen und Kandidaten sitzen an Tischen und werden von Teilnehmerinnen und Teilnehmern befragt, die von Tisch zu Tisch gehen können.

Besuch von Politikerinnen und Politikern und von Institutionen

Ackermann und Ditschek (2015: 232) sehen in Parlamentsbesuchen oder Gesprächen mit Politikerinnen und Politikern eine geeignete Methode, um Menschen mit Behinderungen für Politik zu interessieren. Wir haben Besuche von Abgeordneten im Landtag von Baden-Württemberg organisiert, die sowohl über das Programm der Volkshochschule Unteres Remstal als auch an der Diakonie Stetten beworben wurden. Das Besuchsprogramm bestand jeweils aus einem Rundgang durch das Gebäude und einem Gespräch mit Abgeordneten. Mit diesen niederschweligen Angeboten (und überschaubaren Kosten für Volkshochschule und Teilnehmerinnen und Teilnehmer) konnten zahlreiche Interessierte gewonnen werden. Erfreulich dabei war, dass wir dem Ideal der „inkluisiven Bildung“ nahe kommen konnten, da es sich jeweils ungefähr zur Hälfte um Teil-

nehmerinnen und Teilnehmer handelte, die sich über die Diakonie Stetten und die Volkshochschule angemeldet hatten. Teilweise mit Schwierigkeiten aufgrund von Barrieren verbunden, aber äußerst angenehm für den Verlauf war auch die Teilnahme von Menschen mit Behinderungen an Studienfahrten nach Straßburg und Berlin.

Bei Besuchen von Politikerinnen und Politikern in der Diakonie Stetten hatten wir nur wenige Teilnehmerinnen und Teilnehmer von außerhalb. Es gab engagierte Diskussionen und positive Rückmeldungen – sowohl seitens der Teilnehmenden als auch der Politikerinnen und Politiker.

Demokratie-Lernen

Sowohl die Veranstaltungen zu Wahlen als auch der Dialog mit Politikerinnen und Politikern dienen einem übergeordneten Zweck: dem Demokratie-Lernen. Jürgen Gerdes u. a. sehen darin die zentrale Aufgabe einer inklusiven politischen Bildung, um die gleichberechtigte Teilhabe auf allen politischen Ebenen zu ermöglichen (vgl. Gerdes u. a. 2015: 70).

Bei zahlreichen Veranstaltungen haben wir unter dem Motto „Wir mischen mit“ Demokratie und Mitbestimmungsmöglichkeiten zum Thema gemacht. Bei einer zweitägigen Veranstaltung unter dem Titel „Die machen eh was sie wollen“ oder „Wir sind das Volk“ wurde der gesamte demokratische Prozess nachgespielt, inklusive einer Befragung von Expertinnen und Experten, der Arbeit in Ausschüssen und der gemeinsamen Entscheidung im Plenum. Bei der Veranstaltung „Wohnst du noch oder lebst du schon?“ wurden die Themen Demokratie und Wohnen miteinander verbunden, die im Rahmen der Dezentralisierung für viele Bewohnerinnen und Bewohner eine wichtige Rolle spielen. Menschen, die bereits in eigene Wohnungen oder Wohngemeinschaften gezogen sind, standen dabei als Expertinnen und Experten in eigener Sache zur Verfügung.

Die Veranstaltung „Demokratie-Tag“: Sowohl die Veranstaltungen zu Wahlen als auch der Dialog mit Politikerinnen und Politikern dienen einem übergeordneten Zweck: dem Demokratie-Lernen. Zentrale Aufgabe einer inklusiven politischen Bildung ist es, die gleichberechtigte Teilhabe auf allen Ebenen zu ermöglichen.

Foto: Jürgen Lutz



Betroffenheit und Lebenswelt als Thema

Auch wenn bei meinen Seminaren Betroffene zu Wort kommen, erfüllen sie noch nicht die Kriterien, auf die Ditschek zu Recht verweist. Er sieht in der Betroffenheit eine Voraussetzung für das Gelingen von politischer Bildung: „Sie kann Menschen mit Behinderung als Betroffene zu Wort kommen lassen und last but not least kann sie Menschen ohne Behinderung betroffen machen, indem sie auf diskriminierende Strukturen und Verhaltensweisen gegenüber Menschen mit Behinderung hinweist“ (Ditschek 2014).

Mitmischen im öffentlichen Raum

Dieser emanzipatorische Ansatz, der konkret auf die Lebenswelt abhebt und diese ändern will, steht in vielen ermutigenden Beispielen im Mittelpunkt. Oliver Musenberg und Judith Riegert (2015: 261) sowie Andreas Kuhn und Jan Markus Köhler (2015: 286ff) beschreiben erfolgreiche Modelle der Mitgestaltung und Interessenvertretung im kommunalen Bereich.

Ein weiteres Vorbild ist IncluCity Cologne, eine Selbstvertretungsgruppe behinderter Menschen in Köln, die nicht nur in der Kommunalpolitik von Köln aktiv mitarbeiten, sondern mit pfiffigen Methoden wie Stadteilwanderungen, bei denen die Barrierefreiheit von öffentlichen Verkehrsmitteln, Restaurants und Läden überprüft wird, konkret auf Hindernisse im Alltag hinweisen (vgl. Lutz 2012).

Arbeit mit Medien

Medienkompetenz ist eine unerlässliche Voraussetzung für die gesellschaftliche Teilhabe. Bildungsangebote in diesem Bereich können deshalb einen wichtigen Beitrag im Hinblick auf politische Partizipation leisten. Jan René Schluchter beschreibt, wie aktive Medienarbeit in Form der Eigenproduktion von Medien mit Foto oder Video die Umsetzung von sozialer und politischer Handlungsfähigkeit



In vielen Seminaren haben die Teilnehmerinnen und Teilnehmer das Bedürfnis, eigene Erfahrungen einzubringen. Hier ist es wichtig, diese Wünsche zu berücksichtigen und möglichst viele zu Wort kommen zu lassen (ohne dass der „rote Faden“ verloren geht!).

Foto: Michael Walter, Johannes-Diakonie Stetten

fördert (vgl. Schluchter 2015: 143ff.). Benjamin Freese und Tobias Marczinik zeigen am Beispiel des „PIKSL-Labors“ die Potenziale inklusiver und kollaborativer Arbeitsweisen (vgl. Freese/Marczinik 2015: 155ff.).

Seminare zu politischen Themen

Ein großer Teil meiner Seminare an der Diakonie Stetten behandelt politische Themen. Kaum ein Thema, das wir nicht behandelt haben – von ernstesten Themen wie Gefahren durch Terrorismus und Rechtsextremismus, über Wirtschafts- und Sozialpolitik und Wahlen auf den unterschiedlichen politischen Ebenen, bis hin zu „Schwäbisch- und Badisch-Tests“ bei landeskundlichen Seminaren über Baden-Württemberg. In diesem Semester haben wir das VHS-Schwerpunktthema „Flüchtlinge“ aufgenommen, was verdeutlicht, dass sich das Interesse für aktuelle Themen nicht vom „normalen“ VHS-Programm unterscheidet.

Fazit

In Folge der UN-BRK und der Debatte über Inklusion in der politischen Bildung hat dieses Thema eine Dynamik entwickelt, die es zu nutzen gilt. Die Debatte über inklusive politische Bildung könnte dazu beitragen, dass Methoden, Formate und Themen, die in diesem Beitrag nur exemplarisch betrachtet werden konnten, weiter verbreitet werden und Menschen animieren, es ebenfalls zu versuchen – es lohnt sich! Politische Bildung kann nur ein Teil der Maßnahmen sein, die es allen Menschen ermöglichen, gleichberechtigt am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen. Wenn es aber „mit Hilfe einer inklusiveren politischen Bildung“ glückt, mehr marginalisierte und ausgeschlossene Menschen zur politischen Teilhabe und politischen Mitbestimmung zu befähigen, kann dies einen gesamtgesellschaftlichen Wandlungsprozess unterstützen, der dazu führt, dass die Interessen dieser Menschen hinsichtlich Zugang, Teilhabe und Selbstbestimmung auch in anderen gesellschaftlichen Teilbereichen verstärkt in die politische Gestaltung einfließen“ (Besand/Jugel 2015a: 56).

LITERATUR

- Ackermann, Karl-Ernst (2014): Politische Bildung für eine inklusive Gesellschaft. URL: <http://www.bpb.de/lernen/werkstatt-politikdidaktik-inklusive/180603/k-e-ackermann-politische-bildung-fuer-eine-inklusive-gesellschaft> [25.01.2016].
- Ackermann, Karl-Ernst (2015): Politische Bildung im inklusiven Bildungssystem – grundsätzliche Fragen. In: Dönges, Christoph/Hilpert, Wolfram/Zurstrassen, Bettina (Hrsg.): Didaktik der inklusiven politischen Bildung. Bonn, S. 30–44.
- Ackermann, Karl-Ernst/Ditschek, Eduard Jan (2015): Voraussetzungen, Ziele und Orte inklusiver politischer Erwachsenenbildung. In: Dönges, Christoph/Hilpert, Wolfram/Zurstrassen, Bettina (Hrsg.): Didaktik der inklusiven politischen Bildung. Bonn, S. 230–242.
- Aichele, Valentin (2014): Leichte Sprache – Ein Schlüssel zu „Enthinderung“ und Inklusion. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, 9–11/2014, S. 19–25.
- Besand, Anja/Jugel, David (2015a): Inklusion und politische Bildung – gemeinsam denken! In: Dönges, Christoph/Hilpert, Wolfram/Zurstrassen, Bettina (Hrsg.): Didaktik der inklusiven politischen Bildung. Bonn, S. 45–58.
- Besand, Anja/Jugel, David (2015b): Zielgruppenspezifische politische Bildung jenseits tradierter Differenzlinien. In: Dönges, Christoph/Hilpert, Wolfram/Zurstrassen, Bettina (Hrsg.): Didaktik der inklusiven politischen Bildung. Bonn, S. 99–109.
- Clauß, Anette (2014): Nichtwähler dürfen nicht meckern. In: Stuttgarter Zeitung, 23.05.2014. URL: <http://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.kommunalwahl-nichtwaehler-duerfen-nicht-meckern.c09726d6-aa67-420a-9856-05619e32052b.html> [25.01.2016].

- Ditschek, Eduard Jan (2014): Betroffenheit als Voraussetzung. URL: <http://www.bpb.de/lernen/projekte/inklusive-politisch-bilden/180223/betroffenheit-als-voraussetzung> [25.01.2016].
- Dönges, Christoph (2014): Thesen zur politischen Bildung von Menschen mit Lernschwierigkeiten/geistiger Behinderung. URL: <http://www.bpb.de/lernen/werkstatt-politikdidaktik-inklusive/180238/ch-doenges-politische-bildung-von-menschen-mit-lernschwierigkeiten-geistiger-behinderung> [25.01.2016].
- Dönges, Christoph (2015): Politik einfach verstehen. Folgerungen aus einem Bildungsprojekt für Menschen mit geistiger Behinderung. In: Dönges, Christoph/Hilpert, Wolfram/Zurstrassen, Bettina (Hrsg.): Didaktik der inklusiven politischen Bildung. Bonn, S. 272–278.
- Dönges, Christoph/Köhler, Jan Markus (2015): Zielgruppenorientierung oder Inklusion in der politischen Bildung – Dilemma oder Scheingegenstand? In: Dönges, Christoph/Hilpert, Wolfram/Zurstrassen, Bettina (Hrsg.): Didaktik der inklusiven politischen Bildung. Bonn, S. 87–98.
- Freese, Benjamin/Marczinik, Tobias (2015): Digitale Teilhabe und universelles Design. Potenziale von inklusiven (Medien-)Bildungsansätzen und kollaborativen Arbeitsweisen für politische Bildungsprozesse am Beispiel des PIKSL-Labors. In: Dönges, Christoph/Hilpert, Wolfram/Zurstrassen, Bettina (Hrsg.): Didaktik der inklusiven politischen Bildung. Bonn, S. 155–168.
- Gerdes, Jürgen/Sahrai, Diana/Bittlingsmayer, Uwe H./Sahrai, Fereshta. (2015): Menschenrechtsbildung und Demokratie-Lernen als zentrale Elemente einer inklusiven politischen Bildung. In: Dönges, Christoph/Hilpert, Wolfram/Zurstrassen, Bettina (Hrsg.): Didaktik der inklusiven politischen Bildung. Bonn, S. 69–77.
- Halbauer, Manuel (2010): Editorial. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, 23/2010, S. 2.
- Hilbert, Wolfram (2015): Inklusion und politische Bildung – ein Überblick. URL: <http://www.bpb.de/lernen/projekte/inklusive-politisch-bilden/215965/workshop-2014> [25.01.2016].
- Hufer, Klaus-Peter (2014): Die Perspektive der politischen Bildung. URL: <http://www.bpb.de/lernen/werkstatt-politikdidaktik-inklusive/180314/k-p-hufer-wege-und-methoden-die-perspektive-der-politischen-bildung> [25.01.2016].
- Hufer, Klaus-Peter (2014): Politische Jugend- und Erwachsenenbildung – auch für Menschen mit Teilhabebeeinträchtigung? In: Dönges, Christoph/Hilpert, Wolfram/Zurstrassen, Bettina (Hrsg.): Didaktik der inklusiven politischen Bildung. Bonn, S. 243–255.
- Kil, Monika (2012): Stichwort „Inkludierende Erwachsenenbildung“. In: DIE, Zeitschrift für Erwachsenenbildung, 2/2012, S. 20–21.
- Kuhn, Andreas/Köhler, Jan Markus (2015): Kommunale Teilhabeplanung und bürgerschaftliche Interessenvertretung in Rheinland-Pfalz. Anknüpfungspunkte und Spannungsfelder exemplarisch aufgezeigt. In: Dönges, Christoph/Hilpert, Wolfram/Zurstrassen, Bettina (Hrsg.): Didaktik der inklusiven politischen Bildung. Bonn, S. 286–293.
- Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (2014): Einfach wählen gehen! Leitfaden zur Kommunal- und Europawahl für Assistentenkräfte. URL: http://www.europawahl-bw.de/fileadmin/lpb_hauptportal/pdf/publikationen/leichte_sprache_betreuer.pdf [25.01.2016].
- Lutz, Jürgen (2003): Politische Bildung für Menschen mit Behinderungen – Herausforderung und Chance. In: Erwachsenenbildung und Behinderung, Oktober 2003, S. 28–35.
- Lutz, Jürgen (2004): Integrative politische Bildung – eine Quadratur des Kreises? In: Rieg-Pelz, Anna (Hrsg.): Mitdenken – Mitreden – Mitwirken. Politische Bildung mit allen und für alle Menschen. In: Erwachsenenbildung konkret, 8/2004, S. 24–32.
- Lutz, Jürgen (2012): Mitmachen und Mitmischen – beim Kongress des Bundesverbands evangelischer Behindertenhilfe in Rheinsberg. URL: http://www.beb-einmischen.de/download/2012/AG-20_Mitmischen-in%20Stadt-Land-und-Gemeinde_JuergenLutz.pdf [25.01.2016].
- Metzler, Heidrun (2011): Behinderung. In: Ott, Hans-Uwe Otto/Thiersch, Hans (Hrsg.): Handbuch Soziale Arbeit: Grundlagen der Sozialarbeit und Sozialpädagogik. München, S. 101–108.
- Musenberg, Oliver/Riegert, Judith (2015): Wege zur Öffnung des politischen Raums für Menschen mit kognitiven Beeinträchtigungen. Politische Partizipation zwischen Selbstvertretung und Stellvertretung. In: Dönges, Christoph/Hilpert, Wolfram/Zurstrassen, Bettina (Hrsg.): Didaktik der inklusiven politischen Bildung. Bonn, S. 261–271.
- Ritter, Florian (2015): Menschen mit geistiger Behinderung und die politische Teilhabe am Beispiel von Wahlen. Rahmenbedingungen der Politik, Aufgaben der Behindertenhilfe und Möglichkeiten der Partizipation. Bachelorarbeit, DHBW Stuttgart.
- Seitz, Simone (2014): Leichte Sprache? Keine einfache Sache. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, 9–11/2014, S. 3–6.
- Schluchter, Jan-Rene (2015): Medienpädagogische Empowermentpraxis als Beitrag zur politischen Bildung. In: Dönges, Christoph/Hilpert, Wolfram/Zurstrassen, Bettina (Hrsg.): Didaktik der inklusiven politischen Bildung. Bonn, S. 143–154.
- Schrade, Christoph (2013): Erfolgreiche Podiumsdiskussion in Leichter Sprache. URL: <http://www.zieglersche.de/news/die-zieglerschen/podiumsdiskussion-bundestagswahl-2013.html> [25.01.2016].
- Zurstrassen, Bettina (2014): Inklusive Didaktik der politischen Bildung? Überlegungen als Beitrag zur Definition eines Begriffs (aus Sicht der Politikdidaktik). URL: <http://www.bpb.de/lernen/werkstatt-politikdidaktik-inklusive/180303/b-zurstrassen-inklusive-didaktik-der-politischen-bildung> [25.01.2016].
- Zurstrassen, Bettina (2015a): Inklusion durch Leichte Sprache? Eine kritische Einschätzung. In: Dönges, Christoph/Hilpert, Wolfram/Zurstrassen, Bettina (Hrsg.): Didaktik der inklusiven politischen Bildung. Bonn, S. 126–138.
- Zurstrassen, Bettina (2015b): Zielgruppenorientierung. Anstöße zum Weiterdenken – eine Replik. In: Dönges, Christoph/Hilpert, Wolfram/Zurstrassen, Bettina (Hrsg.): Didaktik der inklusiven politischen Bildung. Bonn, S. 110–114.

ANMERKUNGEN

- 1 Vgl. Aus Politik und Zeitgeschichte, 23/2010 (Themenschwerpunkt: Menschen mit Behinderungen) sowie Aus Politik und Zeitgeschichte, 9–11/2014 (Themenschwerpunkt: Leichte und Einfache Sprache).
- 2 Vgl. URL: <http://www.bpb.de/lernen/projekte/inklusive-politisch-bilden/213818/kongressdokumentation> [25.01.2016].
- 3 Dönges, Christoph/Hilpert, Wolfram/Zurstrassen, Bettina (Hrsg.) (2015): Didaktik der inklusiven politischen Bildung. Bonn. (Schriftenreihe Band 1617).



UNSER AUTOR

Jürgen Lutz hat an der Universität Konstanz und der University of Huddersfield Politikwissenschaft, Soziologie und Volkswirtschaftslehre studiert. Seit 1998 arbeitet er als freiberuflicher Dozent in der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung für verschiedene Einrichtungen, u. a. für Volkshochschulen, die Diakonie Stetten, die Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, das Europa Zentrum Baden-Württemberg und das Internationale Forum Bad Liebenzell. Seine Schwerpunkte liegen in der inklusiven politischen Bildung und der Europapolitik. Seit Juli 2015 leitet er das von der Aktion Mensch geförderte Projekt „Politische Teilhabe“.